

## Hauptstadt Anklage in Lageso-Affäre

In der Affäre um mutmaßliche Korruption am Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) klagt die Staatsanwaltschaft Berlin einen leitenden Beamten an. Dem Lageso-Referatsleiter Stefan T. wird Bestechlichkeit in einem besonders schweren Fall vorgeworfen: Er soll illegale „Provisionen“



Beschuldigte J. (l.), T. (r.)

in Höhe von mindestens 123 000 Euro von Vertretern der Firmengruppe DeDiG erhalten haben, die mit der Bewachung von Flüchtlingsunterkünften Millionenumsätze machte (SPIEGEL 12/2016). Zwei Verantwortliche der DeDiG-Gruppe, Dino J. und Oliver W., werden wegen Bestechung angeklagt. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft habe der Beamte von dubiosen Geschäftspraktiken der DeDiG-Akteure gewusst, seine Vorgesetzten

## Lohngerechtigkeit Verdiente Kollegen

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) will sich nicht dem Druck der Union beugen: Nach ihren Vorstellungen sollen unverändert auch Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen mehr über die Gehälter in ihrer Firma erfahren können. Die Union will dieses Recht hingegen nur in Unternehmen ab 500 Beschäftigten einführen. „Es macht einen großen Unterschied, ob das Gesetz für 31 Millionen oder nur 6,6 Millionen Beschäftigte gilt“, sagt Schwesig. Die Regierungskoalition will Arbeitnehmern das Recht gewähren, das Durchschnittsge-

halt ihrer Kollegen in ähnlicher Position zu kennen. Dies sei ein wichtiges Instrument, damit Frauen nicht länger 21 Prozent weniger als Männer verdienen, sagt Schwesig, denn: „Eine Ursache dafür ist auch fehlende Transparenz.“ akm



Schwesig

Der Fall gilt als politisch brisant: Den Ermittlungen zufolge war der Senatsverwaltung für Soziales bekannt, dass ihr Beamter finanzielle Schwierigkeiten hatte. Unter anderem hatte T. 2002 ein Darlehen über 50 000 Euro bei der DeDiG-Vorgängerfirma Taurus Services AG aufgenommen; als Sicherheit verpfändete T. sein Beamtenehalt. T. hatte die Taurus Services AG mitgegründet und war zeitweise der einzige Aktionär, während Dino J. im Aufsichtsrat saß. Auch ein bis 2013 laufendes Privatinsolvenzverfahren T.s machte dessen Vorgesetzte offenbar nicht stutzig. Ab Ende Juli 2013 setzten sie den Beamten in einem besonders korruptionsanfälligen Bereich ein – und ließen ihn lukrative Aufträge bei der Flüchtlingsunterbringung vergeben. Ein Sprecher des Berliner Sozialsenats wollte sich unter Verweis auf die Ermittlungen nicht zu dem Vorgang äußern. srö, was



Schloss Meseberg

DPA PICTURE-ALLIANCE / EUROLUFTBILD.DE/ROBERT GRAHN / PICTURE ALLIANCE / ZB / EUROLUFTBIL

## Kabinetts Die Einheitsshow

Die Bundesregierung will endlich einmal wieder Harmonie demonstrieren: Bei der Kabinettsklausur in Meseberg am kommenden Dienstag und Mittwoch sind strittige Themen ausgeklammert. Weder die Erbschaftsteuer noch der Streit um die Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat

stehen auf der Tagesordnung. Stattdessen soll es am ersten Tag des Treffens um die digitale Infrastruktur gehen. Am zweiten Tag will die Regierung sich dem Thema Integration widmen; um das neue Integrationsgesetz gibt es, von Details abgesehen, zwischen Union und SPD keinen Streit. Es gehe darum zu zeigen, dass die Koalition über den Tag hinausdenke, heißt es in der Regierung. ran

## Rentenreform Armut im Alter

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die Rentenpolitik der Bundesregierung. Die angekündigte Lebensleistungsrente und andere Reformen seien nicht geeignet, die „wachsende Armutsgefährdung im Alter“ zu bremsen, heißt es im neuen Jahresgutachten des Verbands. Die geplante Stärkung der Betriebsrenten gehe „an besonders von Armut bedrohten Risikogruppen vorbei“. Daten des Statistischen Bundesamts zeigten, dass nur 6 Prozent der Beschäftigten mit geringen Einkommen – weniger als 10,36 Euro brutto pro Stunde – über entsprechende Firmenverträge zur Entgeltumwandlung verfügten. Im Durchschnitt aller Arbeitnehmer sind es 22 Prozent. Im Jahr 2014 hätten rund 48 Prozent der Senioren eine Rente unter 750 Euro bezogen, die damit rechnerisch unter dem durchschnittlichen Niveau der Grundsicherung lag. Der Sinkflug des Sicherungsniveaus gefährde „die Legitimation“ der Rentenkasse, so der Bericht. cos

## Menschenrechte Krach mit China

Die Weigerung der chinesischen Regierung, den CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Brand einreisen zu lassen, könnte die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen Mitte Juni in Peking belasten. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Markus Ederer sprach den Fall bei einem Treffen mit dem chinesischen Vizeaußenminister am Mittwoch in Berlin an. Zuvor hatte bereits der außenpolitische Berater der Bundeskanzlerin, Christoph Heusgen, beim chinesischen Botschafter interveniert. Brand wollte mit dem Menschenrechtsausschuss des Parlaments, dessen Vorsitzender er ist, Ende Mai nach China und Tibet reisen. Ihm wurde nach eigenen Angaben ein Visum verwehrt, weil er es abgelehnt habe, einen Tibet-Artikel auf seiner Homepage zu löschen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Brand in ihrer Delegation zu den Regierungsgesprächen mitzunehmen oder die Reise abzusagen. ran